

Pressekonferenz, 10.11.2008
NRAbg. Ulrike Lunacek mit NGOs der lesbischwulen Community

**„Gleiche Rechte jetzt:
Faymann und Pröll müssen Mut zu lesbischwulem Gesamtpaket haben“**

Fakten aus den letzten beiden Jahren:

Wahlkampf 2006: Die **SPÖ** verspricht die Umsetzung ihres Konzeptes der „**Eingetragenen Partnerschaften**“, wofür sie in der XX. Gesetzgebungsperiode (2003-2006) einen Gesetzesvorschlag eingebracht hatte. Kanzlerkandidat Alfred Gusenbauer verspricht in Szene-Magazin-Inseraten sogar die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule.

Oktober 2007: ÖVP-Perspektivengruppen-Leiter Josef Pröll stellt die Ergebnisse vor: Für lesbische und schwule Partnerschaften soll es ein Gesetz entsprechend dem **Schweizer Modell** geben. (Zur Information: Dieses sieht so gut wie alle Rechte und Pflichten der Ehe vor, mit Ausnahme der Adoption. Näheres auf www.los.ch). Sowohl **Pröll als auch der damalige Parteichef Wilhelm Molterer versprechen die Umsetzung.**

Was ist der Stand heute, November 2008? Nichts. Österreichs Lesben und Schwule sind vor dem Gesetz immer noch Fremde zueinander. Der Entwurf für ein Rumpfgesetz für eine Eingetragene Partnerschaft, den Justizministerin Maria Berger vorgelegt hat, erblickte nicht einmal das Licht des Ministerrates – die ÖVP hätte ihn anscheinend abgeschmettert, schließlich gab es heftige Proteste zahlreicher ÖVP-Bürgermeister und NR-Abg., dass sie eine derartige Eintragung auf „ihrem“ Standesamt sicherlich nicht genehmigen wollten. Der Berger-Entwurf enthielt außerdem nur Rechte und Pflichten von gleichgeschlechtlichen Paaren füreinander jedoch keine Rechte gegenüber dem Staat, wie etwa Sozial- und Pensionsversicherung oder Familienzusammenführung für binationale Paare – nur mit diesen Rechten gäbe es eine umfassende Partnerschaftsregelung.

Alles neu?

Nun wollen Faymann und Pröll „alles neu“ machen. Die Bevölkerung – sowohl Österreichs Lesben und Schwule, aber auch viele Heterosexuelle – erwarten, dass gleichgeschlechtliche Paare endlich per Gesetz gleichgestellt werden und der Status von BürgerInnen zweiter Klasse endlich beseitigt wird. So wie dies in den meisten EU-Staaten und in den meisten Nachbarländern Österreichs schon der Fall ist. Von den früheren 15 EU-Mitgliedstaaten fehlt ein Rechtsinstitut für Lesben und Schwule übrigens nur mehr in Irland (befindet sich gerade in Umsetzung), Italien und Griechenland. Drei Staaten erlauben sogar die gleichgeschlechtliche Ehe: Niederlande, Belgien und Spanien.

... und es würd nix kosten...

Angesichts der Finanzkrise sei noch ein Argument für die rechtliche Gleichstellung gestattet: Im Gegensatz zu den meisten anderen Regierungsvorhaben schlägt sich eine umfassende rechtliche Gleichstellung für Lesben und Schwule nicht im Budget nieder. Also ein Argument weniger dagegen...

Internationale Unterstützung – aber national nichts?

Die Weltkonferenz der International Lesbian and Gay Association, ILGA, die von 3.-6. November in Wien stattfand, wurde erfreulicherweise von mehreren Ministerien (Außenamt, Gesundheit, Frauen) mitfinanziert, außerdem stand sie unter dem Ehrenschutz des Bundeskanzlers, zahlreicher MinisterInnen sowie des Bundespräsidenten und der Nationalratspräsidentin – allesamt Mitglieder der SPÖ/ÖVP.

Die Regierungsverhandler müssen nun den Mut aufbringen, diese breite Allianz zu nutzen und ihre Versprechungen endlich umzusetzen!

Zur Info: Die Grünen haben in der ersten NR-Sitzung der XXIV. Gesetzgebungsperiode ihre Gesetzesentwürfe für den Zivilpakt Zip (für Lesben, Schwule und Heterosexuelle) sowie die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule schon zum dritten Mal im Parlament eingebracht. Das Adoptionsrecht Stief- wie Fremdkinder ist selbstverständlich inkludiert.